

## **Antrag**

**der Abg. Katrin Steinhülb-Joos u. a. SPD**

### **Unterstützung für Schülerinnen und Schüler durch Schulbegleitungen**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Anträge auf die Unterstützung einer Schülerin oder eines Schülers durch eine Schulbegleitung in der Schule in den vergangenen fünf Schuljahren eingereicht wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahr, Schulart und ggfs. Förderschwerpunkt);
2. wie viele Anträge für eine Schulbegleitung in den vergangenen fünf Schuljahren genehmigt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Leistungsträger, Schuljahr, Schulart und ggfs. Förderschwerpunkt);
3. wie der Prozess von der Antragstellung bis hin zur Einstellung einer Schulbegleitung abläuft, insbesondere unter Darstellung der durchschnittlichen Dauer dieses Prozesses;
4. welche Bedeutung sie der Arbeit von Schulbegleitungen beimisst, insbesondere unter Darstellung ihres Beitrags zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern;
5. über welche beruflichen Qualifikationen die in den vergangenen fünf Schuljahren beschäftigten Schulbegleitungen verfügt haben;
6. wie das Anforderungsprofil an eine Schulbegleitung aussieht, insbesondere unter Darstellung ihrer Aufgaben an den Schulen und der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern;
7. wie hoch der durchschnittliche Betreuungssatz pro Woche durch eine Schulbegleitung für Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem Förderbedarf in den vergangenen fünf Schuljahren war (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahr, Schulart und ggfs. Förderschwerpunkt);
8. welche Kosten für die jeweils zuständigen Leistungsträger durch die Beschäftigung einer Schulbegleitung entstehen;
9. auf welcher Berechnungsgrundlage und zu welchem Anteil den Städten und Gemeinden die Kosten für die Finanzierung der Schulbegleitungen vom Land erstattet werden, insbesondere unter Darstellung, ob es diesbezüglich in den vergangenen zehn Jahren Änderungen gab;
10. ob sie plant, den Städten und Gemeinden künftig die gesamten Kosten für Schulbegleitungen zu erstatten;
11. ob es Pläne gibt, die Zuweisung der Schulbegleitungen an eine zentrale Stelle zu übertragen;
12. ob ihr Fälle bekannt sind, in denen Schülerinnen und Schüler, deren Schulbegleitung erkrankt war, nicht am Schulunterricht teilnehmen konnten, weil es keine Krankheitsreserve für die erkrankte Schulbegleitung gab, insbesondere unter Darstellung, wie die Schulpflicht für Kinder, die auf eine Schulbegleitung angewiesen sind, verwirklicht werden kann, wenn die Schulbegleitung (länger) krank ist;

13. ob es Pläne zur Einrichtung einer Krankheitsreserve gibt, die zur Stellvertretung für erkrankte Schulbegleitungen herangezogen werden kann;
14. inwiefern es Überlegungen gibt, die Arbeitszeiten der Schulbegleitungen für Kinder an Ganztageschulen auch auf die Ferienzeiten auszuweiten;
15. welche Maßnahmen sie ergreift, um mehr Fachkräfte für die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren sowie für die Inklusion an den Regelschulen des Landes zu gewinnen.

8.4.2024

Steinhilb-Joos, Dr. Fulst-Blei, Born, Dr. Kliche-Benke, Wahl SPD

### Begründung

„Inklusion ist Aufgabe aller Schulen und Schularten und ist für uns bildungspolitisch vorrangiges Ziel“, heißt es korrekterweise im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung. Das Recht auf Inklusion gilt auch in Bezug auf die schulische Bildung. Aktuell fehlt es allerdings an gut adaptierten schulischen Angeboten für Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf, weshalb sich eine Auslagerung der Betreuung feststellen lässt. Aufgaben der Inklusion werden mehr und mehr an Schulbegleitungen übertragen, die für die Schülerinnen und Schüler wichtige Stützen im schulischen Alltag sind. Viele Schülerinnen und Schüler müssen jedoch häufig sehr lange warten, bis es tatsächlich zur Einstellung einer Schulbegleitung kommt. Darüber hinaus ergeben sich viele Kosten und ein hoher Aufwand für die einzelnen Landkreise, die mit der Einstellung der Schulbegleitungen betraut sind. Dieser Antrag soll klären, wie sich die Situation an den Schulen des Landes darstellt und welche Maßnahmen die Landesregierung diesbezüglich ergreifen möchte.